

Internet



Reduziert das Internet Chancengleichheit eher als sie zu stärken? Zu gesellschaftspolitischen Ambivalenzen im Informationszeitalter

Seite 4

Politik



Die Demokratisierung in Chile nach der Pinochet-Diktatur war natürlich keine. Näheres dazu auf

Seite 2

Kultur



Die französische Gruppe Les Caméléons wechselt die verschiedenen Facetten der Ska-Musik schnell und locker wie ein Chameleon die

Seite 3



<http://bo-alternativ.de>



Studiengebühren auch in NRW Das Ende der Unschuld

In vielen Bundesländern gibt es bereits Studiengebühren für LangzeitstudentInnen, die HochschulrektorInnenkonferenz diskutiert allgemeine Studiengebühren, LangzeitstudentInnen werden zwangsexmatrikuliert, immer mehr Hochschulen in private Stiftungen verwandelt. Zur gleichen Zeit gibt es überfüllte Hörsäle, verrottete Schulgebäude, in denen immer weniger Unterricht mit viel zu wenig Lehrkräften stattfindet. Jetzt ist es auch in NRW so weit: Allen Lippenbekenntnissen zum Trotz legt Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD) ein Konzept vor, mit dem bis spätestens 2004 Studiengebühren eingeführt werden sollen. Gemeinsam mit dem rheinland-pfälzischen Wissenschaftsminister Jürgen Zöllner (SPD) wurde angekündigt, in den beiden Ländern ein Studienkontenmodell einzuführen. So soll nur ein bestimmtes Kontingent an Hochschul-Veranstaltungen kostenfrei bleiben. Danach sollen Studiengebühren in einer Höhe von 25 Euro pro Semesterwochenstunde erhoben werden.

Fatale Auswirkungen

Die Einführung von Studienkonten zur Bestrafung von Studierenden, die nicht in kürzester Zeit durch ihr Studium hetzen möchten, ist jedoch absolut inakzeptabel, die Auswirkungen wären fatal. Schon jetzt studieren viel zu wenig Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen, das beklagen auch die Bildungsministerien. Wenn das Studium durch Gebühren zum finanziellen Risiko wird, steht zu befürchten, dass diese Gruppen noch stärker von der Universität fern gehalten werden. Außerdem würde durch die Begrenzung der kostenlosen Veranstaltungen ein engstirniges Schmalstudiendesign der Regelfall. Nicht diejenigen, die sich die Zeit nehmen, um sich ein umfassendes Wissen anzueignen, würden belohnt, sondern diejenigen, die nur stur und konsequent Pflichtveranstaltungen besuchen. Deshalb ist der Ansatz, Studienzeiten durch repressive Maßnahmen verkürzen zu wollen, völlig falsch. Stattdessen sollte man durch eine soziale Grundsicherung dafür sorgen, dass nicht über die Hälfte aller Studierenden neben-

... Fortsetzung auf Seite 3



Eine Geschichte der deutschen Remilitarisierung Auf nach Afghanistan

Am Donnerstag wird der Bundestag faktisch eine Kriegserklärung gegen Afghanistan beschließen: Dort sollen Bundeswehr-SoldatInnen ohne Zustimmung der Taliban-Regierung eingesetzt werden dürfen. Die militärische Bedeutung dieser Ermächtigungserklärung ist eher bescheiden. Entscheidend ist eine andere Ebene: Innenpolitisch aber auch international wird kzeptiert, dass Deutschland wieder direkt – mit eigenen SoldatInnen – Krieg führen darf.

Wer in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg öffentlich gefordert hätte, dass deutsche SoldatInnen irgendwo Krieg führen sollen, wäre für längere Zeit hinter Gittern verschwunden. Wer dies in der Zeit vor 1990 gefordert hätte, wäre von allen Parteien und Medien belehrt worden, dass dies verfassungswidrig sei. Das Grundgesetz erlaubt den Einsatz der Bundeswehr ausschließlich zu Verteidigungszwecken: "Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf" (Artikel 87a). In Artikel 26 des Grundgesetzes heißt es: "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenom-

men werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."

Auch in anderen Bereichen hält die Realität nicht, was das Grundgesetz verspricht: Frauen sind nicht gleichberechtigt, die Würde vieler Menschen ist alles andere als unantastbar und Eigentum verpflichtet zu nichts.

Verfassungstexte ...

In der Frage der Remilitarisierung Deutschlands haben Grundgesetzänderungen bisher eine erhebliche Rolle gespielt. Nur wenigen ist bewusst, dass bereits in der ursprünglichen Fassung des Grundgesetzes – also der von 1949 – das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung verankert wurde. Es ist historisch einmalig, dass ein Staatswesen, das in seiner Verfassung kein Militär vorsieht, ein Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung verankert.

Wenige Jahre später gibt es bereits die erste große Revision der Verfassung. Nach einer heftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzung kippt die SPD um und liefert 1956 die Zwei-Drittel-Mehrheit für die Militarisierung der BRD. Die Mehrheit der Bevölkerung war gegen die "Wiederbewaffnung". Um die Akzeptanz zu erhöhen, wird allerdings festgeschrieben, dass die Bundeswehr nur zu Verteidigungszwecken eingesetzt werden darf.

Einen weiteren entscheidenden Schritt zur Militarisierung der Gesellschaft bildete 1968 die Verabschiedung der Notstandsgesetze. Hiermit wurde der Einsatz der Bundeswehr im Inneren legalisiert. Diesmal wurden die Sozialdemokraten für die Beschaffung der Zwei-Drittel-Mehrheit sogar mit der ersten Beteiligung an einer Nachkriegsregierung (Große Koalition) belohnt. Auch damals waren erhebliche gesellschaftliche Auseinandersetzungen der Deform des Grundgesetzes vorausgegangen.

Immer wieder gab es anschließend Versuche, die Verteidigungsbindung der Bundeswehr durch das Grundgesetz auszuhöhlen. Nicht zuletzt durch die beeindruckende Stärke der Friedensbewegung Anfang der 80-er Jahre hielt aber der

gesellschaftliche Konsens, dass die Bundeswehr nur für Verteidigungszwecke auf dem Gebiet eingesetzt werden darf, das der NATO-Vertrag definiert.

Mit dem Ende des „real existierenden Sozialismus“ und der Neupositionierung Deutschlands als Weltmacht fielen alle Hemmungen. Eine Existenzberechtigung als Verteidigungsarmee hatte die Bundeswehr durch den Wegfall des Feindes ohnehin verloren. Ganz systematisch wird seitdem die Bundeswehr zu einer weltweit einsatzfähigen Angriffsmarine umgerüstet. Mit einer Reihe von „humanitären“ Einsätzen außerhalb des NATO-Gebietes wird die Bevölkerung auf die neue Rolle der Bundeswehr eingestimmt.

... und politische Fakten

Historisch gesehen ist der Beschluss des Bundestages eine logische Folge in der nach und nach stattfindenden „Normalisierung“ Deutschlands zu einer führenden Militärmacht. In Mazedonien leitet die Bundeswehr z.Z. erstmals ein Nato-Kommando: außerhalb des Nato-Vertragsgebietes und ohne den Anspruch dort Verteidigungsaufgaben zu erfüllen. Historisch

neu ist allerdings, dass auf eine Änderung des Grundgesetzes verzichtet wird, obwohl eine deutliche Zweidrittel-Mehrheit am Donnerstag vorhanden ist, wenn der Bundestag eindeutig eine verfassungswidrige Entscheidung trifft. Voraussichtlich nicht einmal fünf Prozent der westdeutschen Abgeordneten werden gegen das Ermächtigungsgesetz für die Bundesregierung stimmen. Auch diesmal sehen die Mehrheitsverhältnisse in der Bevölkerung erheblich anders aus. Dies war für die SPD aber auch schon bei den Kriegskrediten für den Ersten Weltkrieg kein Problem.

Doch auch die Entscheidung des Bundestages am Donnerstag reicht noch nicht, um Deutschland wieder zu einer ganz „normalen“ militärischen Großmacht werden zu lassen. Es fehlt noch: die direkte Verfügungsgewalt über Atomwaffen. Aber das wird selbst Rot-Grün nicht mehr in dieser Legislaturperiode schaffen.

Paul Merker

Aus dem Strafgesetzbuch

§ 80. Vorbereitung eines Angriffskrieges.

Wer einen Angriffskrieg (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft.

§ 80a. Aufstacheln zum Angriffskrieg.

Wer im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) zum Angriffskrieg (§ 80) aufstachelt, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

AStA-Rechtsberatung

Besonders geeignet für Studierende in den ersten Semestern ist die AStA-Rechtsberatung. Wer zum ersten Mal eine eigene Wohnung mietet und feststellt, dass das versprochene 5-Sterne-Appartement nur eine kalte und zugige Absteige ist und der Vermieter sich obendrein als Nervensäge entpuppt; wer einen Job für die Ferien gefunden hat, aber dann feststellt, dass die mündlichen Zusagen nicht eingehalten werden; oder wer Probleme mit der Universitätsverwaltung, der Studienordnung oder einer Prüfungsentscheidung hat; wer sich über die Finanzierung seines Unterhalts und seiner Ausbildung Gedanken macht, der sollte bei der AStA-Rechtsberatung vorbeikommen. Die Termine sind jeden Dienstag von 13.30–15.30 und jeden Donnerstag von 12.00–14.00 Uhr bei Rainer im StudentInnenhaus, AStA, Raum 016 (Hinweise beachten!). Bei jedem Zweifel einfach mal vorbeikommen und nachfragen – es kostet ja nichts!

Keine Auskunft zur Rasterfahndung

„Über vier Wochen nach Beginn der bundesweiten Rasterfahndung gegen mutmaßliche „Schläfer“ und andere potentielle Attentäter verweigern die Behörden jede Auskunft über Umfang, Betroffene und Ergebnisse der Fahndung.“ So knapp konnte die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke die Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion zusammenfassen. Die einzigen Antworten der Bundesregierung enthielten nichts, dass nicht auch schon aus der Tagesschau bekannt wäre.

„Alles andere wird im Dunkeln gehalten, nicht beantwortet, ist noch unklar usw. Alles im Dunkeln lassen, scheint die Devise zu sein. Eine parlamentarische oder öffentliche Kontrolle der Rasterfahndung wird offensichtlich nicht gewünscht.“ – so Ulla Jelpke.

Gefragt hatte die PDS-Bundestagsfraktion unter anderem, wie viele Personen bundesweit überprüft werden, welche Suchkriterien angewendet werden, wie viele in der ersten Stufe als potentielle Verdächtige erfasst wurden, wie viele Polizeibesuche im Wohnumfeld, am Studien- oder Arbeitsplatz von Betroffenen nun zu befürchten sind und – wie lange die Überprüfungen dauern werden.

Ulla Jelpkes Bilanz: „Der polizeiliche Erfolg dieser Fahndung ist bisher minimal, wenn nicht gleich Null. Grundrechte und demokratische Grundregeln aber werden schon jetzt reihenweise verletzt.“

Für den 9.12. rufen Studierendenvertretungen aus ganz NRW zu einer Demonstration gegen die Rasterfahndung an Universitäten in Düsseldorf auf.

Aktiv werden gegen Nazis

Am Samstag, den 17.11.01, wollen Neonazis zum inzwischen dritten Mal in Hagen aufmarschieren. Für den gleichen Tag rufen antifaschistische Gruppen und Initiativen zu einer Gegendemonstration unter dem Motto „Gemeinsam gegen Nazis und ihre Ursachen vorgehen!“ auf. Treffpunkt der NazigegnerInnen ist der Hagener Hauptbahnhof um 10 Uhr.

Anmelder der Nazi-Demonstration unter dem eindeutigen Motto, „Völkische Gemeinschaft statt Überwachungsstaat“ ist der 17-jährige Hagener Rene Gehrke, der schon als rassistischer Schläger aufgefallen ist und gute Verbindungen sowohl zur NPD als auch zu den sogenannten „Freien Kameradschaften“ verfügt.



Es ist also mit ekligem Nazivolk sämtlicher Schattierungen zu rechnen, die, wenn sie in größerer Zahl auf einem Haufen auftreten, eine reale Gefahr für ImmigrantInnen und Schwarze Deutsche, Obdachlose, Linke und DemokratInnen darstellen. Auch aus Hagen sind inzwischen dafür zahlreiche Beispiele bekannt geworden. Die Frage, warum Polizei und Justiz die Zusammenrottung einer solchen Gefahr zulassen, beantwortet die Antifa Hagen mit dem Vorwurf eines latenten Rassismus bei der Polizei als Institution.

Neoliberalismus und Neo-Widerständigkeiten im stillen Chile
„Freiheit ist mehr als Poesie von den Balkonen der Moneda“

Das Jahr 1990 markiert für Chile das Ende der 17-jährigen, von Pinochet angeführten Diktatur. Die nationale Übereinkunft, ein runder Tisch an dem sich Teile der gemäßigten Opposition zusammen mit der politischen Rechten und Militärs trafen, entwarf die ersten Schritte hin zu einem „ausgehandelten Übergang zur Demokratie“, bei dem die Basisorganisationen an den Rand gedrängt wurden. Die heutigen sozialen Phänomene sind bestimmt durch die von der Diktatur verursachten Transformationen.

Das in Chile entwickelte neoliberale Projekt wurde in seiner Anfangsphase von in den USA ausgebildeten sogenannten Chicago-Boys eingeführt. Das Programm wurde ab 1975 mit folgenden Mitteln durchgesetzt: rasche Privatisierung der Ökonomie, Strukturierung eines modernen Finanzsektors, Wirtschaftsöffnung nach außen durch eine drastische Absenkung der Zölle, Öffnung für ausländische Investitionen, Politik der Diversifikation der Exporte und eine Industriepolitik, die dem Prinzip der natürlichen Auslese angesichts des externen Wettbewerbs gehorcht. Diese auferlegten Transformationen haben Chile zu einer der offensten Ökonomien für transnationales Kapital gemacht.

Auf diese Weise sind die 90er Jahre von der Plünderung öffentlicher Güter und Dienste, die der Staat früher gewährte, gekennzeichnet. Auf der anderen Seite ist das letzte Jahrzehnt durch das Phänomen der Flexibilisierung und Verallgemeinerung von Krediten bestimmt. Diese Situation hat zur Bildung eines Gefühls des Zugangs zu materiellen Gütern verholfen, was die Idee der „ökonomischen Demokratie“ insofern rechtfertigt, als alle die wollen in den Konsum integriert werden. Gleichzeitig wird damit ein hoher Verschuldungsgrad hervorgebracht, der zum wesentlichsten Beitrag der „Disziplinierung der Arbeitskraft“ wird. Die ArbeiterInnen werden in ultra-abhängige Individuen verwandelt, die bereit sind, jedwede Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Selbst die Weltbank bezeichnet Chile mittlerweile als eine der Nationen mit der ungerechtesten Einkommensverteilung.

Die Neue Rechte

Die Rechte dagegen ist in dieser Hinsicht politisch effizienter und wurde auf lokaler Ebene führend, indem sie sich um die „wirklichen Probleme der Leute“ kümmerte. Das ist der apolitische Diskurs einer Rechten, die ihre Militäruniformen an den Nagel gehängt hat, nicht aber ihre konservative katholische Haltung. Der wichtigste Vertreter dieser Richtung ist der ehemalige Bürgermeister der reichsten Kommune des Landes, Las Condes, und jetzige Bürgermeister von Santiago Centro: Joaquín Lavín. „Lavín hat die Dinge effektiv angepackt und die Probleme der Leute gelöst“ ist die Behauptung, die fast die Hälfte der Chilenen bei den letzten Präsidentschaftswahlen im Oktober 2000 dazu gebracht hat, ihn zu wählen. Und heute, zwei Jahre nach Amtsan-

tritt der Regierung Lagos, hält dieser Diskurs die Concertación verblüfft und bestürzt angesichts der nächsten Wahlen. Die Rechte erzielte bei den letzten Kommunalwahlen nicht nur Erfolge in den reichsten Kommunen des Landes, sondern auch in den größten sowie ärmsten.

Neo-Widerständigkeiten: Unsere Formen der Bewegung

Das Problem liegt in der offensichtlichen Delegitimierung der traditionellen Politik und ihrer Parteien. Diese Ausgangsposition führte zu Beginn der 1990er Jahre zu neuen, autonomen und radikalen Organisationsformen, etwa den politisch-sozialen Kollektiven (colectivos). Ursprünglich entstanden die colectivos in studentischen Räumen (90er Jahre), haben aber zunehmend ihre Aktionsräume erweitert auf Schulen, poblaciones (ärmere Stadtviertel) und andere jugendliche Zusammenschlüsse. Charakteristisches Element ist, eine Perspektive zu schaffen, die in der Gegenwart wurzelt, ohne jedoch die vergangenen Kämpfe zu vergessen. Sie gehen von der Freude, von der Hoffnung und von einer neuen Rebellion aus: „Das Jammern ist vorbei, die Fiesta hat begonnen!“

Das Auftauchen eines kritischen Subjektes, dass nicht notwendigerweise mit den traditionellen, „strukturalistischen“ Definitionen, die so typisch für die chilenische Linke sind, verbunden ist, stellte sowohl für die Sektoren der Macht, als auch für diejenigen, die sich gegen den Neoliberalismus erhoben haben, eine offene Frage dar. Dieses Subjekt steht außerhalb des Kanons des theoretisch begründeten Subjektes der traditionellen antikapitalistischen Positionen, wo das Triumvirat des Arbeiter-Bauern-pobladores regiert, und wo es offenes Unverständnis von Phänomenen wie der Überausbeutung der Arbeiter mit Schlipps und Kragen, der Frauendiskriminierung oder des Aufkommens jugendlicher Identitäten die sich entlang ästhetisch-politischer protessorientierter Bezugssysteme gruppieren, gibt.

Im Allgemeinen war die Speerspitze der sozialen Kämpfe in Chile auf das Problem der Ausbeutung zentriert. Damit wurden das Verstehen der Formen der kapitalistischen Legitimität und die subtile Konstruktion kultureller Hegemonie, die in komplexe Herrschaftsdynamiken eingebunden sind hintangestellt. Immer noch sehen viele Probleme wie Kultur, Umwelt, Sexualität und Geschlechterherrschaft oder den Indigenismus als „neu entstandene Themen“ an, als ob die ArbeiterInnen kein Fernsehen gucken, kein Monoxid einatmen, kein Plastik essen würden oder als ob es keine Unterschiede zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen geben würde.

Proteste gegen interamerikanische Entwicklungsbank

Damit soll der Weg zu einem sozialen und politischen Kampf mit langem Atem geöffnet werden, um eines der Phänomene, das Chile vielleicht stärker als andere Länder trifft, bekämpfen zu können: die politische und kulturelle Globalisierung sowie die Transnationalisierung der kapitalistischen Ökonomien.

Die in unterschiedlichen Teilen der Welt erfolgten Mobilisierungen gegen die Institutionen der kapitalistischen Weltordnung zeigten auch in Chile einen neuen Akteur auf: Die erste gemeinsame Aktion war die Mobilisierung gegen die Jahresversammlung der Interamerikanischen Entwicklungsbank im März 2001 in Santiago de Chile. Gruppen von ArbeiterInnen, StudentInnen, Arbeitslosen, Jugendlichen und anderen sangen, dass sie nicht zum Rhythmus der Weltbank tanzen würden. Die Aktionen waren das Ergebnis harter, wochenlanger Arbeit derjenigen etwa 40 Gruppen, die sich in der Koordination gegen die BID (Banco Interamericano de Desarrollo) zusammengeschlossen hatten. Mit blauen Flecken, Vergiftungen und ungefähr 300 Verhafteten, die fast alle misshandelt wurden, wurden die Aktivitäten trotzdem mit einer friedlichen Intervention bei dem süßen und poetischen Event beendet, das die Regierung auf der Plaza de la Constitución veranstaltete. Angeklagt wurde, dass die Freiheit „Etwas mehr als Poesie von den Balkonen der Moneda“ ist. Das Wichtigste dieser Erfahrung aber war, dass ein Rahmen für die Öffnung von neuen Räumen permanenter Zusammenarbeit der unterschiedlichen colectivos geschaffen wurde, der direkt zur Bildung der Antikapitalistischen Koordination (CACA) führte, die seitdem verschiedene öffentliche Aktionen durchgeführt hat und im wesentlichen eine Diskussionsarbeit zwischen den Organisationen leistet. Momentan bereitet sie ein kulturelles Event, den „Anti-kapitalistischen Karneval“ vor.

Alejandra Bottinelli und Sebastián Riveros

Alejandra Bottinelli und Sebastián Riveros sind AktivistInnen des Colectivo Changó in Santiago de Chile. Mit Alejandra Bottinelli findet am Freitag, den 16.11.2001 um 17.30 Uhr im AStA, Raum 013 ein Gespräch statt.

Übersetzung: Olaf Kaltmeier, gekürzte Fassung eines Textes, der in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift Solidaridad erschienen ist (erhältlich am notstand).



Das Ende der Unschuld

bei jobben müssen, was das Studium eklatant verlängert.

Protestaktionen im Dezember

Nachdem durch den sogenannten „Qualitätspakt“ die Universitäten von der Landesregierung kaputt gespart wurden und die Einführung von umstrittenen gestuften Studiengängen unkritisch forciert wurde, dürfte die Entscheidung für Studiengeldern auch dem Letzten klar machen: Das war das Ende der Unschuld in der NRW-Bildungspolitik. Eine solch katastrophale Politik, die universitäre Bildung auf Marktfähigkeit beschränkt und dabei ganze soziale Gruppen von einem Studium wirksam abschreckt, ist aller-

dings nicht länger hinzunehmen.

Education – not for sale

Die Ziele der Bildungspolitik und ihr Stellenwert in der Politik ändern sich rapide. Sie stellen sich in den Dienst der privaten Wirtschaft. Die Ursachen sind unter anderem in der EU- und WTO-Politik zu suchen. Ein bundesweites Aktionsbündnis ruft deshalb zu EU-weiten SchülerInnen und StudentInnenprotesten vom 10. bis zum 14. Dezember auf. Dabei sollen in den ersten Tagen des Streiks Aktionen in den Städten, Unis und Schulen stattfinden, am 14. Dezember gibt es dann eine große gemeinschaftliche Abschlussdemo während des EU-Gipfels in Brüssel. SchülerInnen und StudentInnen der EU protestieren wäh-

rend dieser Aktionstage gegen Lern- und Studienbedingungen, Uni-Privatisierungen und Studiengebühren im Zeichen des GATS-Vertrags.

In zahlreichen EU-Ländern sind bereits massive Protestaktionen in Planung. Zur Koordinierung der deutschlandweiten Aktionen unter dem Motto „Education is not for sale“ fanden bereits zwei Treffen in Fulda statt.

Rolf van Raden, Johannes Bock, Alexander Stehl (ASTA-Referenten für Hochschulpolitik)

Zur Planung gemeinsamer Aktionen im Ruhrgebiet wird eingeladen zu einem ersten Treffen am Dienstag, den 20. November, 16 Uhr im ASTA.

Zu Besuch in Bochum: Les caméléons Bläser gegen Trübsal

Les caméléons vertreiben Winterdepressionen: Die neunköpfige Band aus Nantes spielt Gute-Laune-Ska mit Punk-einfluss, bei dem die Füße unweigerlich mitwippen müssen und der nach Urlaub und Party klingt. Am 25. November kommen sie in den Bahnhof Langendreer, um ihr neues Album live vorzustellen.

Auf der neuen Platte mit dem spanischsprachigen Titel *todos con los camaleones* geben die *Caméléons* insgesamt 16 Lieder zum Besten. Einige davon entwickeln sich bei mehrmaligem Hören schnell zu Ohrwürmern.

Starke Bläsersektion

Im Gegensatz zu vielen anderen Bands, die Ska und Punk mischen, wird hier nicht bloß mittelmäßiger Punk durch Tröten vom Tonband aufgewertet. Die Jungs aus Nantes spielen vielmehr in einer klassischen Ska-Besetzung bei der die Rolle der Gitarre aufgewertet wurde. Das Grundgerüst der meisten Lieder stellt jedoch die starke Bläsersektion aus Saxophon, Posaune und Trompete. Gerade die Bläsesätze sind es, die z.B. das erste Lied „Hace calor“ so unheimlich nach einer mexikanischen Fiesta

klingen lassen oder die „Hatchi Lamuchi“ einen Hauch von Filmmusik verleihen. Besonders eingängig werden die Lieder durch den mehrstimmigen Gesang bei den Refrains, der viel zur Ohrwurm-tauglichkeit beiträgt.

Der Skapunk der *Caméléons* ist oft schnell und treibend, überschreitet jedoch nie die Grenze zur Hektik wie sie z.B. die *Voodoo Glow Skulls* verbreiten. Die schnelleren skalastigeren Stücke lassen sich am ehesten mit dem Stil ihrer Landsleute von *Skaface* vergleichen, wogegen die langsameren rockigen Stücke wie „Tu l'as vu“ oder „Seguire“ durchaus auch von *Zebda* sein könnten.

In Frankreich bekannt

In Frankreich haben sich *Les caméléons* in den vergangenen zehn Jahren bereits einen hohen Bekanntheitsgrad erspielt. Von den drei Vorgängeralben zu „*todos con los camaleones*“ konnten sie dort bis zu 25.000 Exemplare verkaufen. Der Titel des neuen Albums ist im Übrigen

nicht zufällig gewählt: Etwa drei Viertel der Lieder verfügen über spanischsprachige Texte, obwohl keiner der *Caméléons* aus Spanien stammt. Die Sprache passe einfach besser zur Party-Stimmung, die die Musik verbreitet, meint die Band und hat recht damit: Der Latino-Touch hebt ihre Musik aus der Masse hervor.

Ska mit Latino-Touch

Während *Les Caméléons* in Frankreich, Belgien oder Kanada oft in ausverkauften Hallen spielen, waren sie bisher erst ein einziges Mal in Deutschland als Überraschungsband auf einem Festival in Bayreuth zu sehen. Nun kommt die Gruppe auf Einladung von *Radio Bonte Koe* zum zweiten Mal für ein Konzert am 25.11. im Bahnhof Langendreer über die Grenze. Wenn die *Caméléons* live nur halb so gut klingen wie auf ihren Tonträgern, dann sind die 12 DM Eintritt gut angelegt!

In der Woche vor besagtem Auftritt veranstaltet *Radio Bonte Koe* übrigens noch zwei weitere Konzerte im *Wageni* (schräg gegenüber des Bf Langendreer): Mit *Persona Non Grata* (Sonntag, 18.11.) und *Trottel Stereodream Project* (Mittwoch, 21.11.) spielen zwei ungarische Bands, die jede für sich eine eigenständige Mischung aus Punk, Ethno-Einflüssen und Jazz kreiert haben.

mac

Jahrbuch zur Theaterszene im Ruhrgebiet Theater über Tage

Das Ruhrgebiet verfügt aufgrund seiner Dichte über ein breites Spektrum unterschiedlichster Theaterformen. Nicht nur die hiesigen Stadttheater, auch die Freie Theaterszene, die vielfältigen Theaterfestivals sowie die Aktivitäten des Zentrums für Figuren- und Objekttheater prägen die Kulturlandschaft des Ruhrgebiets, deren Mannigfaltigkeit weit über das Revier hinausstrahlt.

Das Theater im Ruhrgebiet ist nicht provinziell, es ist aufregend und spannend und es ist dokumentiert in dem Ende September erschienenen Theaterjahrbuch *Theater über Tage*.

Das vom Institut für Theaterwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum herausgegebene Theaterjahrbuch *Theater über Tage* löst mit seinem Erscheinen das von 1989 bis 1999 publizierte *Theater im Revier* ab. *Theater über Tage* setzt sich eingehend mit der Entwicklung der gegenwärtigen Theaterlandschaft des Ruhrgebiets auseinander. Das Augenmerk der Publikation richtet sich auf ausgewählte Produk-

tionen im Bereich des Sprech- und Musiktheaters, des Figuren- und Objekttheaters sowie des Freien Theaters. Mit Bochum, Dortmund, Essen, Moers, Mülheim, Oberhausen und Recklinghausen sind die wichtigsten Theaterhäuser des Ruhrgebiets vertreten. Auch werden Inszenierungen der Mülheimer Theater-tage, der Ruhrfestspiele Recklinghausen und des Theaterfestivals Ruhr beschrieben.

Reflexion statt Bewertung

Die Herausgeber von *Theater über Tage* dokumentieren und zeichnen mit ihrer Auswahl von Inszenierungen der vergangenen Spielzeit den derzeitigen Stand der Theaterentwicklung nach. Der Ausgangspunkt der Beschreibung und Analyse ist nicht die Bewertung der Inszenierungen, sondern das Aufstörende und Fragwürdige, dem sich die Autorinnen und Autoren in bewusst subjektiver Perspektive widmen. Hierin unterscheidet sich *Theater über Tage* vom Tagesgeschäft der Kritik; will sich vielmehr als Ergänzung und Korrektiv dazu verstanden wissen.

Die AutorInnenenschaft des ersten Bandes setzt sich neben StudentInnen der Theaterwissenschaft,

aus Professoren, Dozenten, Dramaturgen und Journalisten zusammen.

Dennoch liegt mit *Theater über Tage* keine wissenschaftliche Abhandlung über die flüchtigste aller Künste vor, vielmehr liefert die Konstellation der Autoren den Nährboden für eine Reflexion, die die öffentliche Diskussion aufgreift und zu intensivieren vermag.

Theater über Tage ist ein Forum für die aktuelle Entwicklung des Theaters, welches gleichzeitig als sein Gedächtnis und lebendiges Archiv fungiert.

Ivonne Woltersdorf

THEATER ÜBER TAGE – Jahrbuch für das Theater im Ruhrgebiet, Herausgegeben von Jürgen Grimm, Ulrike Haß und Guido Hiß ist im Agenda-Verlag erschienen und für 34,- DM im Handel erhältlich.
ISBN 3-89688-108-6



Mittwoch, 14. November

Demonstration des Bochumer Friedensplenums

17.30 Uhr, Husemannplatz, Bochum

Friedensplenum

19 Uhr, Bf Langendreer, Raum 6, Bochum

Promondial: FUNA

eine junge chilenische Menschenrechtsorganisation, berichtet und diskutiert über Erfahrungen in Chile und der Türkei
20 Uhr, Bf Langendreer, Raum 6, Bochum

Georg Lukács Theorie der Verdinglichung und die Verdinglichung der Theorie

Vorträge von Rüdiger Dannemann und Fabian Kettner, im Rahmen der Rote Ruhr Uni
20 Uhr, Kultur-Café, Ruhr-Uni, Bochum

Donnerstag, 15. November

Automatisches Subjekt? Zur Bedeutung des Kapitalbegriffs bei Marx

Vorträge von Nadja Rakowitz und Jürgen Behre, im Rahmen der Rote Ruhr Uni
17 Uhr, Kultur-Café, Ruhr-Uni, Bochum

Dichtung und Wahrheit

Hermann L. Gremiza und Horst Tomayer, im Rahmen der Rote Ruhr Uni
20 Uhr, Kultur-Café, Ruhr-Uni, Bochum

Freitag, 16. November

Sozialpsychologie des Nationalismus – Zur Aktualität von Adornos Theorie des autoritären Charakters

Vortrag von Jan Weyand, im Rahmen der Rote Ruhr Uni
20 Uhr, Kultur-Café, Ruhr-Uni, Bochum

Samstag, 17. November

Ruhrgebietsweite Friedensdemo

11 Uhr, Hauptbahnhof, Dortmund

Arbeitstagung der Leo Kofler-Gesellschaft: Ausschwitz und die Linke?

11-18 Uhr, Bf Langendreer, Raum 6, Bochum

Sonntag, 18. November

Kranzniederlegung und Kundgebung an den Gräbern der ermordeten Bochumer AntifaschistInnen

11 Uhr, Haupteingang Friedhof Freigrafendamm, Bochum

RadioBonteKoe präsentiert: Persona Non Grata (Jazz-Core aus Ungarn)

20 Uhr, Wageni e.V. (Wallbaumweg 137), Bochum

Montag, 19. November

NEIN zur Gewalt an Frauen: Ausstellung „Das Frauenhaus stellt sich vor“

(bis 30.11.)
BürgerInnenbüro (Willy-Brandt-Platz 2-6), Bochum

Una notte italiana con gli amici

G 8, Genua und die Folgen
Eine Veranstaltung der „Genua Soli Gruppe Oberhausen“
19.30 Uhr, Bf Langendreer, Raum 6, Bochum

Öffentliche Redaktionssitzung von Bo-alternativ.de

19.45 Uhr, Bf Langendreer (Eingang Kino-Café Endstation), Bochum

Dienstag, 20. November

Arbeit im „Dritten Reich“

Dr. H.-C. Seidel, RUB: Zwangsarbeit im Ruhrbergbau. Umfang, Formen, Bedeutung
18 Uhr, Stadtarchiv (Kronenstraße 47-49), Bochum



Internet und Chancengleichheit 1: Gesellschaft Anschluss verpasst?

Was in den USA spätestens seit 1993 als Problem hoher Priorität behandelt wird und zu zahlreichen gutfinanzierten Interventions- und Evaluationsprojekten führte, hat in der BRD erst in den letzten ein bis zwei Jahren den Status einer politisch zu behandelnden Fragestellung bekommen: die Verschärfung von Chancengleichheiten im Zusammenhang mit der ‚Ausbreitung‘ des Internets.

Grundlage dieser Problematisierung ist die Einsicht, dass zum nutzbringenden Einsatz von Computern und Internet nicht nur Computer, Internetzugang und die Fähigkeit, Computer als Werkzeug bedienen zu können, sondern wie auf dem Zeitungs- und Buchmarkt auch bestimmte Auswahl-, Bewertungs- und Orientierungskompetenzen erforderlich sind. Um den Unterschied zu verdeutlichen: Wird eine Hausarbeit mit dem Computer statt der Schreibmaschine geschrieben, sind zwar die technischen Bedienvorgänge andere und die Bearbeitung der Hausarbeit lässt sich um einiges flexibler gestalten, Aufbau und Inhalt der Arbeit ändern sich jedoch nicht und lassen sich, einmal erlernt, mit Computer und Schreibmaschine weitgehend gleichwertig umsetzen.

Mit dem Internet als Medium verhält es sich anders; der Umgang mit den in Zeitungen und Büchern gelieferten Informationen beispielsweise wird in Schule und Alltag erlernt, seriöse können von unseriösen Angeboten unterschieden werden und meist ist ein zumindest grundlegendes Wissen über die dahinter liegende Produktionsorganisation vorhanden (Redaktionen wählen Informationen aus, bereiten sie auf und ich kauf' mir dann meine Lieblingszeitung). Informationen im WWW sind grundlegend anders organisiert: meistens ungefiltert, bis in die letzte Ecke verlinkt und in ihrem Umfang kaum beschränkt. Auch hier sind (medien-) spezifische Fähigkeiten zur Selektion, Orientierung und Bewertung notwendig, die vor allem durch eigene Erfahrung und kompetente Vermittlung erworben werden können (einen detaillierteren Überblick gibt z.B. Kubicek [1]).

Nun haben aber nicht alle Menschen die gleichen Möglichkeiten, sich solche

Fähigkeiten anzueignen. Die Tatsache, dass sich nicht alle einen Computer mit Internetzugang leisten können, ist nur eine von vielen "Zugangsbarrieren", die sich selbst durch die Verfügbarmachung kostenloser Internetzugänge in Bibliotheken, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen nur teilweise beheben lässt. Ist diese Barriere individuell überwunden, werden schnell die nächsten deutlich: Orientierungslosigkeit in der "Informationsflut", Sorgen um den Schutz persönlicher Daten, Zugangsprobleme für Menschen mit Seh- und Hörbehinderung usw.

Zugangsbarrieren

Seit mehreren Jahren in den USA durchgeführte Studien (s. [1] oder <http://www.digitaldividenetwork.org/>) ergaben ein differenziertes Bild der Unterrepräsentation verschiedener Gruppen bezüglich ihrer Möglichkeit, eigene Erfahrungen mit dem Internet zu sammeln. So liegt die 'Internetdurchdringung' weißer Haushalte mehr als das Doppelte über derjenigen aller anderen Bevölkerungsgruppen, nahezu unabhängig von der Hautfarbe besteht prozentual in doppelt so vielen Haushalten, in denen beide Elternteile mit ihren Kindern leben, die Möglichkeit zum Internetzugang wie in solchen mit alleinerziehenden Müttern oder Vätern (hinzukommen etwa noch Differenzierungen nach Alter, Bildung, Einkommen...).

Ähnlich differenzierte Erhebungen finden in der BRD leider nicht statt; als Beispiel können dafür die jährlichen ARD Online- und Offline-Studien [2] dienen, die zwar nach Geschlecht und Alter differenzieren, nicht jedoch nach Deutsch/Nicht-Deutsch, Haushaltsform und Einkommen. Die monatliche Studie *@facts monthly* des Unternehmens *SevenOne Interactive* [3] erfasst nur Deutsche und unterscheidet nach Alter und Geschlecht. Zudem wies H. Kubicek schon 1999 [1] auf häufig recht oberflächliche Interpretationen der Daten hin, bei der etwa die Vergrößerung einer Kluft zwischen verschiedenen Gruppen von NutzerInnen und Nutzern in der Betonung des allgemeinen Zuwachses der Internetnutzung verschwindet.

Um dies am Beispiel der ARD-Online Studie 2001 vorzuführen: Bei Männern stieg der Anteil der Internetnutzer im Vergleich zum Vorjahr von 36,6 % auf 48,3 %, bei Frauen stieg der Anteil der Nutzerinnen von 21,3 % auf 30,1 %. Erstens ein allgemeiner Zuwachs, zweitens bei Frauen im Vergleich

zum Vorjahr eine größere Zuwachsrate als bei Männern; jedoch ist auch die Kluft zwischen beiden Gruppen größer: Lag der Anteil internetnutzender Männer im Vorjahr 15,3 % über dem der Frauen, sind es nun 18,2 % geworden. Derartige Interpretationen sind in deutschen Studien nur selten zu finden, eine solche Befunde darstellende Visualisierung sowieso nicht.

Maßnahmen gegen „digital divide“

Zur Abwendung der befürchteten, "digital divide" genannten Teilung der Gesellschaft in Internetnutzende und -nichtnutzende und damit einhergehenden Verschärfung von Chancengleichheiten, haben sich in den USA und mittlerweile auch in der BRD (hierzulande etwas positiver formuliert: <http://www.digitale-chancen.de>) Staat und Wirtschaft zusammengesetzt und Förderprogramme von teilweise immensen finanziellen Umfang aufgelegt, um möglichst vielen Menschen eine gleichwertige Möglichkeit des Internetzuganges anzubieten. Allerdings beginnen einerseits Ergebnisse aus Evaluationsprojekten, welche die Effizienz der Förderungen bewerten sollen, gerade erst zurückzufließen; andererseits stimmen die Motivationen, aus denen sich alle zur Chancengleichheit bekennen, nachdenklich: Ohne kompetente NutzerInnen des Internets auch kein Geld auf neuen Märkten und zudem immense Ausgaben staatlicher Sozialsysteme für die von der Informationsgesellschaft Abgehängten. Die Reduktion von (Chancen-) Gleichheit auf wirtschaftliche Kosten-/Nutzen-Analyse steht im Vordergrund.

Vor diesem Hintergrund und der zunehmend „marktgerechten“ und „konkurrenzfähigen“ Organisation von Hochschulen stellt sich die Frage, inwiefern die Entwicklungen des „digital divide“ die ohnehin nicht für alle gleichen Zugangsvoraussetzungen noch weiter verschlechtern. Demnächst mehr dazu.

:bszkonsumterror Unknusprige Schokokugeln

**Eigentlich weiß ja jeder ÖPNV-NutzerIn, dass die Boge-
stra ein völlig unsympathischer und dummer Laden
ist. Nicht nur, dass sie immer noch nicht die „Fahrkar-
tenform“ (das Abschaffen der Geldform wollen wir an dieser
Stelle mal lieber nicht gleich fordern) abgeschafft hat und alle
den „Service“ kostenlos nutzen dürfen, auch die sogenannten
Kontrolletts sind vor allem in Unfreundlichkeit geschult.**

Aber getreu der alten römischen Devise Zuckerbrot und Peitsche hat die Bogestra eine neue, personalextensive Dienstleistung eingerichtet: Glücklicherweise gibt es für alle Freundinnen und Freunde des Konsumterrors die herrlichen Süßigkeiten-Automaten, die sich neuerdings an jeder U35-Haltestelle finden lassen. Wenn man nun des nachts mit Alkohol und/oder anderen Drogen im Körper ca. eine Stunde auf die nächste Bahn warten muss, kann man dort noch die letzten Schlafmünzen loswerden und lecker Anti-Fress-Kick-Schokoladenzeugs, Salzgebäck, Plätzchen und diverse nicht-alkoholische Getränke erstehen.

Seit neuestem sind dort auch die *Brandt Knusper Kugeln* erhältlich. Aber um die auf der *Brandt*-Website angekündigte „feine Vollmilchschokolade mit einem lockerleichten, knackigen Kern aus Vollkorn-Getreide“ handelt es sich bei diesem Produkt nun leider wirklich nicht. Vielmehr schmeckt die Schokolade recht ranzig und abgestanden. Ein wenig karamelig, dort wo aber gar überhaupt kein Karamelgeschmack erhascht werden soll. Und das unabhängige *bsz*-Redaktionskollektiv musste zu der Einsicht gelangen, dass es sich bei dem „Vollkorn-Knusperkern“ um alte in den *Brandt*-Produktionshallen aufgefugte Zwieback-Krümel handelt. Dies ist natürlich ganz im Sinne einer ökologischen Marktwirtschaft zu verstehen, da hiermit vorhandene Rohstoffe optimal genutzt werden und diese Form der nachhaltigen Produktion wird ja bekanntlich unter der aktuellen rot-grünen Regierung besonders gefördert und gefördert.

Aber es schmeckt eben auch wie in einer dreckigen Halle aufgefegt. Dies ist denn auch wohl der Grund dafür, dass auf der Website des Hageners Konzerns dieses unleckerste aller Schokoladenerzeugnis fast gar nicht angekündigt wird. Vielmehr wird dort Werbung für das neue Produkt aus der Reihe „wie gelangt die Kinder- und Babykulturindustrie nun auch in die Mäuler der zurzurichtenden Jungmenschen“: Es gibt nämlich neuerdings ein Spiel, bei dem den vier kindsärmlichen Teletubbies das richtige Spielzeug zugeordnet werden muss und als Belohnung erhält man einen Schokoriegel. Doch dazu in einer der folgenden Konsumterror-Folgen mehr.

Als Resümee bleibt also festzuhalten, dass diese Knusper-Kugeln nicht „immer und jedem, ob Alt oder Jung“ (*Brandt*-Homepage) sondern nie und niemandem, ob bekifft oder nüchtern, schmecken.

Doch eine gute Nachricht gibt es noch aus dem Hause *Brandt* zu vermelden: Der Grinsekatten-Werbeträger-Junge, der eineN von jeder *Brandt*-Packung angrinst, kommt nicht nur aus NRW und ist in der Zwischenzeit knapp über zwanzig Jahre alt, nein er ist sogar noch solo. Dieser nette, pausbäckige Liebling aller Schwiegermütter sucht also noch eine Freundin. Also, keine Knusperkugeln sondern Weihnachtsmandeln gekauft (siehe vorherige Ausgabe dieser besten aller Zeitungen) und sich mal nett bei ihm vorgestellt.

:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Verena Witte, René Voss, Dominique Bender, Johannes Bock

Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Thilo Machotta (mac), Jan Schedler (jas), Charlotte Ullrich (cu), Franz Witte (wc)

V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum

Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900

E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

WWW: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz>

